



Am 1. September 2017 brach ein fast 50 Meter hoher Abfallberg am Ost- rand der indischen Hauptstadt Delhi in sich zusammen. Es war kein Einzelfall, sondern Indiz für jahrzehntelanges Versagen der Verwaltungen. Von Thomas Berger

**Schnelle Aufsteiger**

Leitet die AfD bald den Haushalts- ausschuss des Bundestages? Interview mit Gesine Löttsch

2

**Böses Rollback**

Rechter Zusammenschluss plant Symposium gegen »Ehe für alle«. Von Markus Bernhardt

3

**Netter Privatisierer**

Angola: Neuer Präsident entmachtet Familie seines Amtsvorgängers. Von Christian Selz

7

**Übler Sumpf**

Ukrainische Zentralbank berichtet über Veruntreuungen vor Nationalisierung der »Privatbank«

9

# Schuss gegen Donbass

Parlament der Ukraine erklärt Russland zum »Aggressor« in den »zeitweilig besetzten Gebieten« Donezk und Lugansk.

Von Reinhard Lauterbach



Ukrainische Soldaten feuern am 11. Januar bei Nowolugansk Artilleriegeschosse auf die Stellungen der Einheiten der »Donezker Volksrepublik« ab

Nach dreitägiger Debatte hat das ukrainische Parlament am Donnerstag das »Gesetz über Besonderheiten der staatlichen Politik zur Gewährleistung der Souveränität der Ukraine über die zeitweilig besetzten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk« verabschiedet. Für den Text stimmten nach Einarbeitung von über 700 Änderungsanträgen 280 der 450 Abgeordneten, vor allem vom »Block Petro Poroschenko«, der »Nationalen Front« des früheren Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk sowie der »Radikalen Partei« von Oleg Ljaschko.

Der beschlossene Text macht Russland unmittelbar dafür verantwortlich, dass sich die »zeitweilig besetzten Gebiete« der Kiewer Kontrolle entzogen haben. Russland wird als »Aggressorstaat« bezeichnet, dessen »Okkupation« des Donbass ihm »keinerlei territoriale Rechte« verleihe, egal, wie

lange sie noch dauere. Moskau sei auch verantwortlich für alle Kosten des Wiederaufbaus der Region. An dieser Stelle wird deutlich, was ukrainische Kritiker sehr schnell bemängelten: der rein deklarative Charakter des in der ukrainischen Politik lange höchst umstrittenen Gesetzes. Selbst wenn die Unterstellungen über den Charakter der international nicht anerkannten »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk als »Besatzungsverwaltungen« zuträfen, dürfte auch in Kiew niemand so naiv sein zu glauben, dass Russland vor den starken Formulierungen des Textes in die Knie gehen würde.

Ein erster Entwurf des Gesetzes wurde im August 2016 vom Parlament behandelt, kam jedoch über die erste Lesung nicht hinaus. Radikale Nationalisten randalierten damals vor dem Gebäude und erschossen sogar drei Polizisten. Auch diesmal gab es wieder Proteste, allerdings erstmals

nicht nur von rechter, sondern auch von gemäßigter Seite. Die Anhänger einer Verschärfung mussten in mehreren praktischen Punkten Niederlagen hinnehmen. So stimmten nur 70 der 450 Abgeordneten für eine Bestimmung, die die Regierung verpflichtet hätte, die diplomatischen Beziehungen zu Russland abzubrechen. Direkt nach der Verabschiedung des Textes begann zudem bereits ein Interpretationsstreit: Untersagt das Gesetz nun den Handel mit den »zeitweilig besetzten Gebieten« oder nicht? Dahinter steht der Umstand, dass die Ukraine zum Beispiel ohne die Kohle aus dem Donbass nicht über den Winter käme. Parallel dazu ließ die Regierung in Kiew vor einigen Tagen den Import von Kohle aus Russland wieder zu. Hinter dieser »russischen« Kohle verbirgt sich allerdings sehr oft Rohstoff aus Donezk und Lugansk, der mit Umweg über Russland geliefert wird.

In den »Volksrepubliken« wurde die Verabschiedung des Gesetzes als Beleg dafür gewertet, dass die Zeichen auf Krieg stehen. Kiew habe seiner »Soldateska« alle Fesseln abgenommen, sagte das Oberhaupt der Donezker VR, Alexander Sachartschenko. Die Minsker Vereinbarungen von 2015 seien damit gegenstandslos geworden. Formal stimmt das nicht, denn der ukrainische Gesetzestext nimmt auf sie Bezug. Auch seine Verabschiedung selbst entspricht formal einer Forderung von »Minsk«, den politischen Status der abtrünnigen Gebiete zu regeln. Aber inhaltlich kann von Entspannung keine Rede sein. Die in Minsk vereinbarten politischen Konzessionen der Ukraine, in erster Linie eine Amnestie für die Aktivisten des Volksaufstands von 2014 und für die Beamten der Volksrepubliken, sind ausgeblieben.

**USA wollen Syrien unbefristet besetzen**



Washington. Die USA wollen ihre Truppen auf unbefristete Zeit in Syrien stationieren. Es gehe nicht nur um den Kampf gegen die Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS), mit der die Präsenz nordamerikanischer Soldaten in dem Land bisher begründet worden war, sondern auch um den Sturz des syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad, erklärte US-Außenminister Rex Tillerson am Mittwoch (Ortszeit) in einer Rede in Washington. »Ein vollständiger Rückzug der US-Soldaten zu diesem Zeitpunkt würde Assad dazu verhelfen, sein brutales Vorgehen gegen sein eigenes Volk fortzusetzen«, so Tillerson. Ein »stabiles, vereinigt und unabhängiges« Syrien brauche eine neue Regierung, um »erfolgreich« zu sein.

Damaskus kritisierte die US-Pläne. Sie seien eine »schamlose Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität« Syriens. (AFP/JW)

**Bundestagsresolution gegen Antisemitismus**

Berlin. Nach dem Willen der Mehrheit des Bundestages soll es in Deutschland bald einen sogenannten Antisemitismus-Beauftragten geben. Das Parlament forderte die Regierung in einer Resolution am Donnerstag auf, einen solchen Posten einzurichten. Dieser könnte etwa im Kanzleramt oder dem Innenministerium angesiedelt werden. In dem von Union, SPD, FDP und Grünen vorgelegten Antrag heißt es: »Der Deutsche Bundestag verurteilt jede Form von Judenfeindlichkeit.« Das umfasse auch Äußerungen und Übergriffe, »die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden«, tatsächlich aber nur Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion seien. Die Verbrennung von israelischen Fahnen sei ebenfalls zu verurteilen. Auch die AfD stimmte für die Resolution. Die Linke enthielt sich und sprach sich für weitere Beratungen im zuständigen Ausschuss aus. (AFP/JW)

# Ringens um Mehrheiten in der SPD

Befürworter und Gegner einer Neuaufgabe der großen Koalition kämpfen um Unentschlossene

Im Vorfeld des SPD-Sonderparteitags am Sonntag in Bonn, auf dem 600 Delegierte über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU abstimmen werden, haben sich weitere Landesverbände positioniert. So wird die SPD in Hessen dafür stimmen, wie der Landesvorstand am Donnerstag bekanntgab. Damit ist die Zahl der Landesverbände, welche mit Ja votieren werden, auf fünf angewachsen. Neben der Hessen-SPD haben sich auch die Verbände des Saarlandes, Niedersachsens, Hamburgs und

Brandenburgs als Befürworter einer schwarz-roten Koalition positioniert. Ihr Lager vereint demnach gegenwärtig 202 Stimmen auf sich.

Gegenstimmen sind von bislang drei Landesverbänden zu erwarten. Berlin, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind gegen eine erneute »große Koalition« aus SPD und Union. Gemeinsam entsenden sie 36 Delegierte nach Bonn. Ihre Reihen werden dabei von den Jungsozialisten (Jusos) mit 80 bis 90 Delegierten gestärkt. Das Lager der Gegner von Koalitionsver-

handlungen besteht damit vorläufig aus 116 bis 126 Delegierten.

Die übrigen SPD-Landesverbände haben bisher noch nicht offiziell Position bezogen. Die bayerische und die mecklenburg-vorpommersche Landes-SPD haben für heute Beratungen angekündigt. Bayern entsendet 78 Delegierte. Der stärkste Landesverband, die SPD in Nordrhein-Westfalen, hat sich gegen Vorab-Abstimmungen entschieden, so dass sich erst am Sonntag auf dem Parteitag zeigen wird, welchem Lager sich die 144 Delegierten anschließen werden. Auch von den

übrigen Landesverbänden ist im Vorfeld noch keine Haltung bekannt.

Abseits der stimmberechtigten Landesverbände und der Jusos erhält das Lager der Befürworter zudem öffentliche Unterstützung ehemaliger Parteigrößen der SPD, von der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion sowie unter anderem auch vom Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Reiner Hoffmann (SPD). Sie alle sprachen sich am Donnerstag prinzipiell für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union aus. (dpa/JW)

**jW** wird herausgegeben von 2.084 Genossinnen und Genossen (Stand 1.12.2017)  
 www.jungewelt.de/lpg

